

Infos zum Hintergrund

Worum geht's?

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Die Bayerische Staatsregierung hat dieses Ziel um fünf Jahre vorgezogen – auf 2040: Bis dahin muss der Ausstoß von Treibhausgasen in Bayern auf Null sinken. Für den Gebäudebereich bedeutet das bayerische Klimaziel also: alle Heizung in Bayern müssen in spätestens 15 Jahren CO₂-frei betrieben werden.

Warum ist dann in Sachen Wärmewende bisher so wenig passiert in Bayern?

Im Gegensatz zum Strombereich ist die Wärmeversorgung in Bayern weitgehend dezentral organisiert. Das bedeutet: Politische Maßnahmen haben zwangsläufig direkte Auswirkungen auf jeden einzelnen Heizungskeller und alle Hauseigentümer*innen und Mieter*innen. Nun schrecken unionsgeführte Regierungen traditionell vor einer Politik zurück, die individuell spürbar ist. Diese Scheu ist der Grund für den angehäuften Probleberg in Sachen Klimaschutz nach 16 Jahren Merkel, Seehofer und Söder.

Die Folge: Über 75 Prozent der Haushalte in Bayern werden noch immer mit fossilen Energien beheizt.¹ Das wurde von der Staatsregierung im Rahmen des 10.000 Häuser-Programms sogar noch lange Zeit finanziell gefördert. Gleichzeitig stagniert die Nutzung erneuerbarer Energien.

Was ist jetzt anders?

Mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG oder „Heizungsgesetz“) im Jahr 2023 hat der Bundesgesetzgeber erstmals einen verbindlichen Fahrplan in Kraft gesetzt, den Ausstoß von CO₂ im Wärmebereich bis 2045 zu beenden – gemäß den nationalen Klimazielen. Weil der Lebenszyklus einer Heizung bis zu 30 Jahre beträgt, hat das 2045-Ziel ganz konkrete Auswirkungen im Hier und Jetzt. Alle Menschen, die heute oder in naher Zukunft ein Haus errichten oder ihre Heizung austauschen, müssen sich am Klimaziel ausrichten. Damit dies nicht im luftleeren Raum geschieht, hat der Gesetzgeber dafür gesorgt, dass alle Städte und Gemeinden in den nächsten drei Jahren eine kommunale Wärmeplanung durchführen werden. Die Wärmepläne untersuchen grundsätzlich für jeden Ortsteil und jeden Straßenzug, welche Möglichkeiten sich Hausbesitzer*innen künftig eröffnen, ihr Haus klimafreundlich zu beheizen. Sie bieten Orientierung und sind Grundlage für milliardenschwere Investitionen in die Wärmeinfrastruktur.

Nun darf jedoch der Bund die Kommunen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht direkt adressieren. Deshalb hat der Bundesgesetzgeber – wie in solchen Fällen üblich –

¹ https://www.bdew.de/media/documents/BDEW_Heizungsmarkt_2023_Langfassung_final_28.11.2023_korrigiert.pdf Folie 11

die Länder mittels eines Wärmeplanungsgesetzes verpflichtet, die Kommunen wiederum zur Wärmeplanung zu verpflichten. Dabei wurde den Ländern ein gewisser Spielraum bei der genauen Ausgestaltung gegeben, den sie in einem „Landeswärmeplanungsgesetz“ oder einer entsprechenden Verordnung ausbuchstabieren müssen. In anderen Ländern wie beispielsweise NRW² oder Baden-Württemberg³ geschieht das vollkommen unaufgeregt, zügig und geräuschlos.

Was bedeutet das für die Kommunen?

Die Kommunen geben mit ihrer Wärmeplanung also den Startschuss für die Wärmewende. Vor einem Startschuss sollte jedoch das Ziel klar sein.

Aber: Die bayerischen Kommunen wissen bis heute nicht, ob das Ziel 2045 (Bund) oder 2040 (Bayern) lautet. Und obwohl die Bundesgesetze schon über ein Jahr in Kraft sind, wissen sie nicht, welche konkreten Rahmenbedingungen für die Aufstellung der Wärmepläne gelten sollen. Was in Bayern fehlt, ist die notwendige Umsetzung von Bundesrecht in Landesrecht. Die Staatsregierung kommt dieser Verpflichtung aber nicht nach. Die Kommunen fordern daher konkrete Aussagen der Staatsregierung ein – zuletzt mit der Folge, dass der Gemeindetag aus der Klima-Allianz der Staatsregierung geworfen wurde. Mehr Infos dazu hier: [gruene-fraktion-bayern.de](https://www.gruene-fraktion-bayern.de)

Was steckt hinter der dünnen Wärmepolitik und der Hinhaltetaktik der Staatsregierung?

Um die Wogen im Konflikt mit dem Gemeindetag zu glätten, hat das Kabinett Ende Oktober eine „Wärmestrategie“ beschlossen. Auffällig ist: **Inhaltlich ist das Papier äußerst dünn.** Der Grund? **Die Show-Regierung von Markus Söder ist jetzt offensichtlich an einem Kipppunkt angelangt.** Ein kurzer Blick zurück: Im Jahr 2019 erlebte die Fridays-for-Future-Welle ihren Höhepunkt, was Markus Söder dazu bewegte, einen Baum im Hofgarten zu umarmen. 2021 verlangte das Bundesverfassungsgericht mehr Anstrengungen beim Klimaschutz, was Markus Söder dazu bewegte, die bayerischen Klimaziele um fünf Jahre auf 2040 vorzuziehen. Warum machte er das? Es kostete ihn nichts und brachte ihm positive Schlagzeilen, damals war das Thema quasi noch en vogue. In den vergangenen drei Jahren aber hatten die für Bayern vorgezogenen Klimaziele keinerlei praktische Auswirkungen, weder auf das Regierungshandeln noch auf den Alltag der Menschen im Land. Mit der jetzt fälligen Umsetzung der Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung findet sich Markus Söder in einer Situation wieder, die er im Laufe seiner politischen Karriere stets umschiffen wollte: Söders vollmundige Ankündigungen und seine nur auf den Show-Effekt abzielende Politik werden zum ersten Mal praktische und für alle spürbare Konsequenzen nach sich ziehen.

² <https://www.land.nrw/pressemitteilung/waermewende-erfolgreich-gestalten-land-legt-entwurf-des>

³ <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/energie/alt-energieeffizienz/in-kommunen/kommunale-waermeplanung>

Gemäß dem bayerischen Klimaschutzgesetz muss Markus Söder bzw. Hubert Aiwanger die Kommunen anweisen, ihre Wärmeplanungen auf das **Zieljahr 2040** auszurichten. Die Kommunen müssen ihre Investitionen in Wärmenetze und Wärmekraftwerke entsprechend vorziehen und sind dadurch in besonderem Maße auf die Unterstützung der Staatsregierung angewiesen.

Liest man jedoch die bayerische „Wärmestrategie“ fällt auf, dass die Söder-Regierung jegliche Konsequenzen und alle Notwendigkeiten einfach ausblendet und jede Grundsatzentscheidung vermeidet. Sie verliert sich im gewohnten Ampel-Bashing und will aus parteipolitischem Kalkül die geltende Rechtslage nicht anerkennen. Und sie läuft dem Wunschtraum hinterher, wonach wir das komplette Land mit Holz und Wasserstoff beheizen könnten – eine Vorstellung, die aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit und der Kosten dieser Rohstoffe bei Expert*innen nur noch Kopfschütteln hervorruft.⁴

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/wasserstoff-alternative-heizen-100.html>